



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 27. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt (SBR Alt/027/2021)

am Mittwoch, 15. September 2021,

17:30 Uhr

**in der EnergieVerbund Arena, VIP-Bereich, Ebene 3,
Magdeburger Straße 10, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

André Barth

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jonathan Gut anwesend ab 18:04 Uhr
Tom Fabian Knebel anwesend ab 17:44 Uhr
Susanne Krause anwesend ab 17:42 Uhr
Andrea Schubert anwesend ab 17:42 Uhr

Mitglied Liste CDU

Tobias Händler
Lutz Hoffmann
Anna Kahlich

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Gordon Engler anwesend ab 17:50 Uhr
Joachim Promnitz

Mitglied Liste DIE LINKE

Marco Dziallas
Sven Houska
Esther Ludwig anwesend ab 17:37 Uhr
Patrick Marschner
Rainer Pietrusky

Mitglied Liste SPD

Rasha Nasr abwesend ab 19:10 Uhr
Edwin Seifert

Mitglied Liste FDP

Marko Beger anwesend ab 18:07 Uhr

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Norbert Waldhelm entschuldigt

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Jürgen Squar entschuldigt

Verwaltung:

Herr Risse

Eigenbetrieb SportstättenDresden, Sachgebietsleitung
Planung/Invest

Frau Hocke

Stadtplanungsamt, Sachbearbeitung Verkehrsentwick-
lungsplanung

Frau Schreiter

Stadtplanungsamt, Sachbearbeitung Stadterneuerung

Herr Voigt

Stadtplanungsamt, Stadtplaner

Gäste:

Herr Lieberoth

Dresdner Verkehrsbetriebe AG

Frau Teichmann

Förderverein Eliasfriedhof e. V.

Frau Kolb

Treberhilfe Dresden e. V.

Herr Dudeck

SIGUS e. V.

Frau Frohwieser

Stadtrat, SPD-Fraktion

Schriftführerin:

Frau Benkendorf

Bürgermeisteramt, Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| 1 | Vorstellung der Planung Heinz-Steyer-Stadion | |
| 2 | Strategiepapier zum zukünftigen ÖPNV in Dresden - DVB AG | |
| 3 | Vorlagen und Anträge zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat | |
| 3.1 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Makroprojekt (Nr. Alt-012/21) Künstlerische Mauergestaltung zur Graffiti-Unterbindung | V-Alt00071/21
beschließend |
| 3.2 | Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt,
hier: Entwicklung Quartiersplatz "Am Bramschkontor" - Übernahme der Förderdifferenz | V-Alt00072/21
beschließend |
| 3.3 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Makroprojekt (Nr. Alt-013/21) nails & rails | V-Alt00073/21
beschließend |
| 3.4 | Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Bedarfsplanung zur Ausstattung des Stadtteilhauses Johannstadt | V-Alt00074/21
beschließend |
| 3.5 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Kleinprojekt (Nr. Alt-014/21) Aufwertung des Vorplatzes am Bahnhof Mitte | V-Alt00075/21
beschließend |
| 3.6 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Kleinprojekt (Nr. Alt-015/21) Nachbarschaftstage Wilsdruffer Vorstadt 2021 | V-Alt00076/21
beschließend |
| 3.7 | Vorschlagsrecht: Umgestaltung der Adlergasse | VorR-
Alt00017/21 |
| 3.8 | Vorschlagsrecht: Sanierung der Gutenberg- sowie der Arnoldstraße zwischen Blumen- und Pfothenhauerstraße | |
| 4 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 4.1 | Bebauungsplan Nr. 123.6, Dresden-Altstadt I Nr. 15, Prager Straße Süd/Wiener Platz – Wiener Platz Ost | V0998/21
beratend |

hier:

1. Billigung der Abwägung
2. Änderung der Grenzen zum Bebauungsplan
3. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
4. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
5. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf

- | | | |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|
| 4.2 | Ermittlung der Zulässigkeit und Notwendigkeit von Milieuschutzsatzungen in Dresden | A0231/21
beratend |
| 4.3 | Sicher zur Schule mit dem Fahrrad oder zu Fuß | A0246/21
beratend |
| 4.4 | Einrichtung einer „Nachtbürgermeisterin“ bzw. eines „Nachtbürgermeisters“ | A0247/21
beratend |
| 5 | Bestätigung der Niederschriften | |
| 5.1 | Bestätigung der Niederschrift zur 25. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 05.07.2021 | |
| 5.2 | Bestätigung der Niederschrift zur 26. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 21.07.2021 | |
| 6 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |

öffentlich

Einleitung:

Herr Barth begrüßt alle Anwesenden zur 27. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 10 anwesend, sodass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Es liegen Änderungen zur Tagesordnung vor. Der Tagesordnungspunkt 3.4 wird abgesetzt und erst in der Oktobersitzung behandelt. Der Tagesordnungspunkt 4.2 wird abgesetzt, da die erste Lesung im federführenden Gremium noch nicht stattgefunden hat.

Er gratuliert Herrn Houska nachträglich zum Geburtstag.

Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Dziallas und Frau Kahlich vorgeschlagen.

Anmerkungen gibt es keine, sodass **Herr Barth** in die Tagesordnung einsteigt.

1 Vorstellung der Planung Heinz-Steyer-Stadion

Herr Risse stellt die Planungen zum Heinz-Steyer-Stadion anhand einer Präsentation vor. Geplant sei die Errichtung einer neuen Südtribüne, die sich in mehrere Ebenen für unterschiedliche Nutzungen aufteile. Zusätzlich solle auch der Außenbereich gestaltet werden. Insgesamt belaufen sich die Kosten für das Vorhaben auf 37,33 Millionen Euro.

***Frau Ludwig, Frau Schubert und Frau Krause** treten der Sitzung bei. Es sind nun 13 Stadtbezirksbeiräte anwesend.*

Herr Risse zeigt zudem den Fortschritt der durch den Stadtbezirksbeirat subventionierten Calisthenics-Anlage. Die geplante Fertigstellung solle am 08.10.2021 erfolgen. Die Besonderheit dieser Anlage liege in der Demontierbarkeit im Hochwasserfall. Bereits im letzten Jahr sind 20 Parkbänke aufgebaut worden. Davon seien 10 Stück fest und 10 temporär installiert. Die temporären werden im Winter an der Eisschnelllaufbahn aufgestellt. Er bedankt sich für die Mittel.

Herr Seifert, Herr Händler, Herr Hoffmann und Frau Krause beteiligen sich mit folgenden Fragen an der Diskussion:

- Betreuung der Sportstätten und Personalaufwand
- Zahlung der in der Präsentation aufgeführten Zusatzkosten in Höhe von vier Millionen Euro
- Standort der aufgestellten Bänke, Einrichtung von Sanitäreinrichtungen im Zuge des Neubaus
- vollversiegelter Boden für die Aufstellung von 5 Geräten einer Calisthenics-Anlage

Herr Risse antwortet, dass die Betreibungsfrage noch offen sei, da noch ein Betreibungskonzept erstellt werden müsse, in welchem unterschiedliche Betreibungsvarianten untersucht werden.

Herr Barth merkt an, dass die Präsentation versendet werden könne, sollte Interesse bestehen, welches umgehend durch die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates bekundet wird.

***Herr Knebel** tritt der Sitzung bei. Es sind nun 14 Stadtbezirksbeiräte anwesend.*

Des Weiteren erklärt **Herr Risse**, dass die Zusatzkosten aus den Ausstattungsmitteln des nächsten Doppelhaushaltes gedeckt werden. Wie diese Gelder genau eingesetzt werden, müsse noch

überlegt werden. Leistungen Dritter, wie Installation und Instandhaltung von Wärmeerzeugungs- und Photovoltaikanlagen, werden über Verträge geregelt, sodass Investitionen gespart werden können. Zudem werde man auch versuchen um Mittel für die Ausstattung der Südtribüne zu werben.

Die gezeigten Bilder der Bänke zeigen den heutigen Stand. Sie stehen in der Nähe des Rudolf-Harbig-Weges. Das Aufsuchen eines WCs werde im Heinz-Steyer-Stadion möglich sein. Der Boden an der Calisthenics-Anlage habe einen Schotterunterbau, der gerade im Hochwasserfall strömungssicher ein müsse und habe eine wasserrechtliche Genehmigung erfordert. Hier handele es sich um Fallschutzplatten, die offenporig und somit nicht vollversiegelt seien.

Herr Engler tritt der Sitzung bei. Es sind nun 15 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Herr Dudeck meldet sich aus dem Publikum zu Wort. Der Stadtbezirksbeirat erteilt ihm das Rederecht. Er erkundigt sich, ob die Calisthenics-Anlage auch für ältere Menschen vorgesehen sei und ob wenigstens ein Teil der Bänke mit einer Rückenlehne ausgestattet sei. **Herr Risse** erwidert, dass diese Bänke ohne Lehne aufgestellt worden seien. Den Grund dafür könne er nicht benennen, werde das aber erfragen und nachreichen.

Herr Barth lädt die Stadtbezirksbeirat*innen zur Eröffnung am 8. Oktober 2021 ein und bedankt sich für die Vorstellung.

2 **Strategiepapier zum zukünftigen ÖPNV in Dresden - DVB AG**

Frau Hocke spricht kurz zu den Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Dresden. Grundlage ist der am 19.03.2019 im Stadtrat gefällte Beschluss, dass der ÖPNV um bis zu 30 Prozent erhöht werden solle. Dies solle über verschiedene Maßnahmen erreicht und bis 2030 umgesetzt werden. Eine bedeutende Rolle spiele dabei das Modal-Split-Verfahren, welches über städtebauliche Strukturen, Angebotspalette der Verkehrsanlagen sowie Kosten und Preise regulierbar sei.

Herr Lieberoth führt anhand der Präsentation weiter aus, dass ein Modal-Split-Anteil des ÖPNV von 25 bis 30 Prozent beschlossen worden sei. Aktuell betrage der Anteil lediglich 20 Prozent. Die Fahrgastzahl werde sich ohne weitere Maßnahmen nicht wesentlich erhöhen, wodurch die Ziele aus dem Stadtratsbeschluss nicht zu erreichen sein werden. Das solle mit zusätzlichen Linien, angepassten Taktzeiten, ergänzenden Mobilitätsangeboten, On-Demand-Angeboten oder auch über die Konkurrenzfähigkeit zum Auto erreicht werden. Nach Kundenbefragungen seien den Kund*innen funktionierende Anschlüsse, Pünktlichkeit und Taktung am wichtigsten. Der Zeitbedarf spiele bei vielen Verkehrsmitteln eine große Rolle, sodass auch Maßnahmen zur Erhöhung von Geschwindigkeiten und Taktungen mit in das Strategiepapier aufgenommen werden, um die Reisezeit konkurrenzfähig zum Pkw zu gestalten. Die Anpassung der Wettbewerbsbedingungen bezeichne man als Push-Maßnahmen, die in der Regel nicht ganz so teuer in der Umsetzung seien. Zusammen mit den anderen Maßnahmen wäre ein Ziel-Modal-Split im Jahr 2030 mit einem Anteil von 26 Prozent.

Herr Gut und **Herr Beger** treten der Sitzung bei, es sind nun 17 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Im Rahmen der ÖPNV-Strategie wolle man über alternative Finanzierungsquellen diskutieren.

Im Stadtbezirk Altstadt spiele das Thema Taktverdichtung der Straßenbahn eine wesentliche Rolle. Die meisten der Straßenbahnlinien verkehren durch den Stadtbezirk und erfordern eine entsprechende Infrastruktur. Man könne jetzt schon beobachten, wie sich Straßenbahnen am Postplatz oder am Pirnaischen Platz teilweise anstellen müssen. Auch das Thema Verkehrsberuhigung im Rahmen der Schaffung von qualitativ hochwertigen Aufenthaltsräumen betreffe die Innenstadt. Dazu seien bereits viele Ideen diskutiert worden, wie zum Beispiel die Elbquerung im Ostragehege, viele Prüfaufträge und Varianten aus dem Stadtrat, Ausbaumaßnahmen bekannter Strecken, wie der Freiburger Straße, der Ausbau der Haltestelle Walpurgisstraße im Rahmen des neuen Verwaltungszentrums und die Ersetzung der Linie 62 durch Straßenbahnlinien.

Herr Händler, Herr Knebel, Herr Promnitz, Frau Krause und Herr Hoffmann bringen folgende Themen in die Diskussion ein:

- mehr Kunden gewinnen über Erweiterung von Schülerticket oder die Möglichkeit des Zusammenschlusses mehrerer kleinerer Betriebe für ein Jobticket
- Notwendigkeit der Beschleunigung und Mittel der Umsetzung; geplante Busspuren und Planungen zu neuen Gleiskörpern sowie Ausbau des Pirnaischen Platzes
- Ausbau der Straßenbahnanlagen im Vordergrund, Möglichkeit der Einrichtung von Oberleitungsbussen
- Streckenführung der Linie 68, bestehend aus den ehemaligen Linien 75 und 94, über die Bremer Straße zur besseren Erreichbarkeit von Arbeitsstellen; Fokus auf Flächenumverteilung und Straßenraumgestaltung in der Johannstadt im Rahmen des Straßenbahnausbau; Pläne in der Umgebung des Bahnhof Mitte sowie schlechter Zustand der Könnertzstraße und Optimierungen für den Radverkehr möglich; bessere Planung der Einrichtung von Oberleitungen bei Neubau von Gebäuden
- Wiedereinrichtung der Haltestelle Reitbahnstraße an der Linie 62; Optimierung der Ampelzeiten am Bahnhof Mitte, da die Straßenbahnen durch ihre Fahrzeuglänge oft über die Ampelphasen hinaus abbiegen
- Straßenbahnlinie 5 in der Johannstadt in verkehrsberuhigtem Straßengebiet oder häufigere Taktung der Buslinie 62, um den Autoverkehr zu reduzieren als besserer Effekt

Herr Lieberoth erklärt, dass das Bildungsticket realisiert worden sei und sich einer hohen Nachfrage erfreue. Jedoch sei das Preis-Leistungs-Verhältnis den Kund*innen besonders wichtig, so dass ein günstiger Preis allein nicht mehr Nutzer anziehe, solange das Reisezeitverhältnis so bleibe. Objektiv sei der ÖPNV billiger als die Nutzung eines eigenen Pkw. Zudem werde der ÖPNV lediglich zu zwei Dritteln aus den Fahrgeldeinnahmen finanziert. Wenn er gesellschaftlich wertvolle Aufgaben erfülle, können perspektivisch auch zusätzliche alternative Finanzierungsquellen gefunden werden.

Im Stadtbezirk Altstadt gebe es einen großen Anteil an alten Gleiskörpern. Die Kreuzung vieler Linien sei eine Herausforderung. Spätestens bei der Taktverdichtung könne der Verkehr an dieser Stelle nochmal langsamer werden. Es handele sich um eine technische Frage, dass die Ampelknotenpunkte so zu takten seien, dass alles ohne große Wartezeiten passiere. Aktuell laufe ein großes Fördermittelprojekt, über welches qualitätsgerichtete Verkehrssignalanlagen an Hot-Spots, wie dem Bahnhof Mitte oder am Straßburger Platz eingebaut werden. Diese habe jedoch auch bei hohem Verkehrsaufkommen ihre Grenzen, sodass die Menge an Verkehr die Erreichung einer guten Qualität für alle Verkehrsteilnehmer erschwere. Deshalb seien verkehrsberuhigende Funktionen in der Innenstadt eher ein Thema, um eine Diskussion in Richtung Klima-

wandel, Klimagerechtigkeit und Klimaneutralität zu führen. **Frau Hocke** ergänzt, dass konkrete Planungen in der Innenstadt nicht vorliegen, da die Gleiskörper relativ feststehen. **Herr Lieberoth** ergänzt, dass es Potenziale an den zur Hauptverkehrszeit stauanfälligen Straßen gebe, wodurch auch Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit schwierig zu gestalten seien. Die bestehende Verkehrsmenge sei so groß, dass man nur mit Flächenversiegelungen reagieren könne. Um das zu vermeiden, verfolge man die Idee der Verkehrsminderung.

Die Einrichtung von Oberleitungsbussen sei eine mögliche Variante. Die Frage sei, welche Qualität man damit bekomme, da es keinen Zugewinn geben werde, wenn kein Ausbau der Straßen für die Sicherung der Verkehrsqualität erfolge. Straßenbahnen bieten mehr Raum und der Ausbau des Straßenbahnnetzes erfolge in einem bereits funktionierenden System, was bei Oberleitungsbussen erst neu etabliert und instandgehalten werden müsse.

Die Linie 68 zwischen Cossebaude und Leubnitzer Höhe sei als Angebotsqualitätslinie etabliert worden und fahre im 10-Minuten-Takt. Er werde die Anregung der Linienführung über die Bremer Straße mitnehmen. Für die Straßenbahnlinie 5 als Ersatz für die Buslinie 62 solle mit den Stadtbezirksbeiräten und den Bürgern vor Ort ins Gespräch gekommen werden. Es gebe eine Vielzahl an Planungsprojekten, sodass derzeit stark priorisiert werden müsse. Er wünsche sich eine ertragreiche Diskussion zu Fahrspurenanzahl, Planung und Umsetzung und funktionierende Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer. Am Bahnhof Mitte sei geplant, die Lichtsignalanlage mit intelligenter Steuerung auszustatten, was einen beschleunigenden Effekt auf den ÖPNV haben solle. Die Verkehrsinsel auf der Könnertstraße solle zurückgebaut werden, sodass der dadurch entstehende Platz für die Bahnverkehrsanlagen genutzt werden könne und der Wartebereich auf die Gehwege weiche. Die Umsetzung solle jedoch erst gegen 2025 passieren. Das Thema Oberleitungen werde er mitnehmen. Oft sei es jedoch so, dass die Dresdner Verkehrsbetriebe AG darauf angewiesen sei, dass die Eigentümer der Häuser die Einrichtung auch gestatten und die Häuser entsprechend statisch dafür ausgelegt seien. Auch begeben man sich damit in Abhängigkeiten, die bei einem Eigentümerwechsel unangenehme Folgen haben können. Die Einrichtung einer Linie 5 biete viele Vorteile in der Johannstadt. Natürlich passen dort nicht Gleiskörper und Autospur nebeneinander, sodass sich die Frage ergebe, ob ein gemischter Bereich eingerichtet werde oder ein verkehrsberuhigter Bereich sinnvoll sei. Das solle bei der Bürgerbeteiligung diskutiert werden.

Herr Barth fragt die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates, ob Interesse an der Präsentation bestehe. Das wird bestätigt, sodass diese den Stadtbezirksbeirat*innen zur Verfügung gestellt werden wird.

Er bedankt sich für die Vorstellung.

3 Vorlagen und Anträge zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat

3.1 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-012/21) Künstlerische Mauergestaltung zur Graffiti-Unterbindung **V-Alt00071/21** **beschließend**

Herr Barth ruft die Vorlage auf und gibt bekannt, dass ein vorzeitiger Maßnahmebeginn noch nicht erteilt worden sei.

Frau Teichmann stellt das Vorhaben anhand einer Präsentation vor. Der Friedhof sei in den letzten Jahrzehnten immer mehr verfallen und verwildert. Kleinere Förderprojekte und Förderpro-

gramme für national bedeutende Kulturdenkmale helfen dem Erhalt des Friedhofes, Sanierung weiterer Grabmale und Grufthäuser. Es finden zwar keine Bestattungen mehr statt, man unterliege aber dennoch der Verkehrssicherheit. Seit über 17 Jahren werde der marode Baumbestand saniert, aber es sei keine Finanzierung für eine dauerhafte Grünpflege möglich. Die Mauer an der Güntzstraße sei stark mit Graffiti überzogen, welches bereits einmal entfernt, aber drei bis vier Wochen später wieder aufgesprüht worden sei. Eine erste Maßnahme sei es, in dem davor gelagerten Hochbeet wilden Wein als sanfte Begrünung an die Mauer zu pflanzen, welche von Sprayern auch toleriert werde. Das würde jedoch bedeuten, dass der andere Mauerbereich zwischen den Gittern angegriffen werde. Es sei Kontakt zur Kunsthochschule aufgenommen worden, um das mittlere Feld der Mauer zu gestalten und Namen berühmter auf dem Eliasfriedhof bestatteter Persönlichkeiten oder von Persönlichkeiten, die künstlerisch wertvolle Grabmale geschaffen haben, auf dieser Mauer anzubringen. Dafür solle der freischaffende Künstler Leon Schmidt, der selbst in der Sprayer-Szene bekannt sei, beauftragt werden. Die Kosten liegen bei 3.018 Euro, von denen 2.700 Euro gefördert werden sollen. Die Eigenmittel erbringe der Förderverein. Ziel sei der dauerhafte Schutz des gefährdeten Mauerabschnittes und Aufmerksamkeitsgewinnung, um beispielsweise mehr Besucher zu anziehen.

Herr Knebel erkundigt sich, warum für den Entwurf entsprechende Namen ausgewählt worden seien und warum sich keine Frauen darunter befinden. **Frau Teichmann** antwortet, dass man lange gesucht habe, aber nicht so viele Frauen aus dieser Zeit bekannt seien. Auf dem Friedhof liegen beispielsweise Johanne Justine Renner alias „Gustel von Blasewitz“ und drei bekannte Apothekerinnen ihrer Zeit, sodass sie sich dafür einsetzen werde, dass auch Frauen bei der Mauergestaltung mit benannt werden. Die vorliegende Auswahl sei bisher lediglich ein Ranking nach Bekanntheitsgrad.

Es gibt keine weiteren Fragen, sodass **Herr Barth** zur Abstimmung über die Vorlage aufruft.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2021 in Höhe von 2.700 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| 3.2 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt, hier: Entwicklung Quartiersplatz "Am Bramschkontor" - Übernahme der Förderdifferenz | V-Alt00072/21
beschließend |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|

Herr Barth erklärt, dass es sich hier um das erste Projekt handele, bei dem die politischen Mittel des Stadtbezirksbeirates in Form eines Vorschlagsrechtes erprobt worden seien.

Herr Voigt stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor und geht auf den verkehrsberuhigten Bereich am Quartiersplatz Am Bramschkontor ein, der aktuell lediglich eine versiegelte Fläche

che darstelle und nicht zum Verweilen einlade. Anwohner haben in der Vergangenheit Ideen vorgebracht, wie der Platz gestaltet und die Aufenthaltsqualität verbessert werden könne. Die daraus entstandenen Varianten seien im Stadtbezirksbeirat vorgestellt, die Finanzierung durch den Stadtbezirksbeirat jedoch abgelehnt worden. Nun habe sich in Verbindung mit dem Förderprogramm des Freistaates Sachsen „Nachhaltig aus der Krise“ eine neue Chance für die Umsetzung des Projektes ergeben. Dadurch sinke der Eigenanteil schlussendlich auf 12.420 Euro, solange das Projekt bis Ende 2022 abgeschlossen werde. Diesen Betrag könne das Stadtplanungsamt jedoch nicht aufbringen und bittet darum, der Vorlage zuzustimmen.

Frau Ludwig, Herr Beger, Herr Hoffmann, Herr Seifert, Frau Krause und Herr Dziallas bringen folgende Themen in die Diskussion ein:

- Ablehnung der Vorlage im Dezember 2020 mit eindeutiger Positionierung, dass der Stadtbezirksbeirat nicht zur Aufgabe habe, Planungsfehler zu korrigieren; Hinweis auf sinnvolle Bereiche in der Altstadt für mehr Aufenthaltsqualität zu schauen
- Projekt auf Initiative der Einwohner und des Quartiersvereins mit viel Bürgerbeteiligung; Zeichen setzen mit einem positiven Abschluss des Vorhabens; damalige Ablehnung aus der Diskussion um die Finanzmittel und gute Lösung durch neue Finanzierungsmöglichkeit
- neuer Sachverhalt mit wesentlich geringerer Förderhöhe seitens des Stadtbezirksbeirates; damalige Ablehnung nur mit knapper Mehrheit beschlossen
- Ablehnung aufgrund von nichtbebobenen Planungsfehlern an anderen Stellen wenig pragmatisch; Signal an das Stadtplanungsamt geben, auch andere Ecken in sozialen Brennpunkten anzuschauen
- Ablehnung der Vorlage, da keine Sozialwohnungen in dem Gebiet und Möglichkeit den erforderlichen Geldbetrag über eine Sammlung einzubringen; Kritik an Wiederbehandlung der Vorlage, da im Dezember 2020 bereits abgelehnt worden sei
- Corona-Pandemie und Unsicherheit bezüglich weiterer Finanzierungen als Ablehnungsgrund im Dezember 2020

Herr Barth erklärt, das ein Thema erneut auf die Tagesordnung genommen werden könne, wenn die Rechtslage sich geändert habe. Das Projekt vom Vorschlagsrecht bis heute sei insgesamt durch drei Beschlüsse vorangetrieben worden. Es seien bereits viele Kosten und Personalaufwand in die Umsetzung geflossen. Die Diskussion, an welchen Stellen der Stadt Notwendigkeiten bestehen, habe man aber immer wieder. Doch diese sollte am Anfang eines Prozesses geführt werden. Für weitere Stellen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Bereichen des Stadtbezirkes Altstadt führe der Weg über die Einreichung eines Vorschlagsrechtes.

Herr Voigt ergänzt, dass das Förderprogramm im Januar ausgeschrieben und im März die Projektskizze eingereicht worden seien. Eine Voraussetzung für die Förderung sei eine gewisse Planungsreife des Projektes gewesen. Insbesondere in der Friedrichstadt sei für keinen Ort eine solche Vorplanung vorhanden gewesen. Aufgrund des Zeitdrucks und des Zeitfensters sei es kaum möglich gewesen, noch andere Areale in Betracht zu ziehen.

Frau Nasr stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste. **Herr Barth** ruft zu Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 2 Enthaltung 4

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt befürwortet die Planungsvariante zur Umgestaltung des Quartierplatzes „Am Bramschkontor“ und beschließt 12.420 Euro aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt zur abschließenden Planung und baulichen Umsetzung zur Verfügung zu stellen.
2. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt ist über den Fortgang der Planung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 5 Enthaltung 1

3.3 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt **V-Alt00073/21**
hier: Makroprojekt (Nr. Alt-013/21) nails & rails **beschließend**

***Frau Nasr** verlässt die Sitzung. Es sind nun 16 Stadtbezirksbeiräte anwesend.*

Herr Barth stellt die Vorlage kurz vor. Das Angebot am Torhaus Lingnerallee richte sich hier an die jungen Menschen, die ihre Freizeit am Skater Park verbringen. Es gehe um die Schaffung von Freizeitangeboten für Jugendliche.

Herr Hoffmann bittet um eine Ausführung zu den Hintergründen der Ausschreibung und fragt, warum das Angebot des Treberhilfe e. V. nur von 14 bis 16 Uhr zur Verfügung stehe, während der frühe Abend bei der Menge an späteren Nutzern geeigneter wäre.

Frau Schreiter erklärt, dass die Sanierung des Torhauses mit Mitteln aus dem EFRE Förderprojekt erfolgte. Im Förderbescheid von 2019 sei festgelegt worden, dort einen gemeinnützigen Verein zu integrieren, der soziale Angebote an die Bevölkerung unterbreiten solle. Dazu seien zwei Veröffentlichungen gemacht worden. Bei der zweiten haben sich auch mehrere Vereine für die Betreibersuche beworben, deren Betreibungskonzepte entsprechend geprüft wurden. Der Zuschlag ging an den Treberhilfe e. V., der die Chance bietet, das Gebäude vielfältig zu bespielen. Die Idee einen Skateverleih einzurichten habe sich mit der EFRE-Förderung gewandelt.

Frau Kolb ergänzt, dass im Sommer mit den genannten Öffnungszeiten gestartet wurde. Diese seien gut angenommen worden und man habe zahlreiche junge Menschen erreichen können. Es gebe in der gesamten Stadt einen großen Bedarf an weiteren solcher Flächen und Orte. Hier wolle man allen Nutzern die Nutzungsmöglichkeit geben, aber gleichzeitig auch sensibel den Menschen gegenüber sein, die ohne Workshops oder andere Angebote auf dem Platz sein wollen.

Herr Barth hakt nach, warum der Name „rails & nails“ gewählt worden sei. **Frau Kolb** erwidert, dass die Begriffe rails und nails aus dem Bereich des BMX-Sport kommen und die Namenswahl entsprechend des Projektes getroffen wurde.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2021 in Höhe von 4.527,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

- | | | |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| 3.4 | Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Bedarfsplanung zur Ausstattung des Stadtteilhauses Johannisstadt | V-Alt00074/21
beschließend |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|

Aufgrund der nicht möglichen Teilnahme der zur Vorstellung eingeladenen Sachbearbeiter*innen, wird die Behandlung der Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt und in die Oktobersitzung verlagert.

- | | | |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|
| 3.5 | Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Kleinprojekt (Nr. Alt-014/21) Aufwertung des Vorplatzes am Bahnhof Mitte | V-Alt00075/21
beschließend |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------|

Herr Barth stellt die Befangenheit von **Herrn Pietrusky** und **Frau Krause** fest. Beide verlassen die Sitzung, sodass 14 Stadtbezirksbeiräte anwesend sind.

Herr Barth stellt die Vorlage kurz vor. Dem Kleinprojekt sei durch Herrn Promnitz widersprochen worden, sodass es sich auf der Tagesordnung wiederfinde. Es gehe darum, nachdem das verwahrloste Beet und die Baumscheiben am Bahnhof Mitte in Ordnung gebracht worden seien, das Projekt weiterzuführen und den Streifen zwischen dem Zugang zum Bahnhof und den Straßenbahngleisen aufzuwerten. Das Projekt „Chancen für die Chancenlosen“ erhalte auch von Seiten des Bahnhofes Unterstützung dazu. Der Boden dort sei in schlechtem Zustand und an dieser Stelle viel Erde für die Bepflanzung nötig. Diese werde mit Hilfe von Schalungssteinen erfolgen.

Herr Promnitz erklärt den Grund für seinen Widerspruch. Am 24.02.2021 sei dem Verein eine Summe von 32.000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Mit diesem Geld könne entsprechend gehaushaltet und das Kleinprojekt daraus finanziert werden. Er lehne die Zusatzfinanzierung entsprechend ab.

Herr Barth erklärt, dass im Februar lediglich eine Bezuschussung des Makroprojektes „Chancen für die Chancenlosen“ beschlossen wurde, um die Kosten für Anleiter, Vergütungen und Grundausstattung tragen zu können. Darin waren keine Sachkosten enthalten. Zudem könne jeder

Verein mehrere Projekte machen. Dieses hier sei ein zusätzliches Projekt, da es mit Gestaltung verbunden sei.

Herr Händler hebt den Unterschied zwischen Unterhalt und Gestaltung hervor und betont den Mehrwert, der durch ein gestalterisches Projekt entstehen könne.

Herr Promnitz ergänzt, dass die Förderung des Makroprojektes „Chancen für die Chancenlosen“ von Jahr zu Jahr steige und erkundigt sich nach den Differenzbeträgen, die nicht in solche Projekte einfließen.

Herr Barth erwidert, dass dieses Projekt mittlerweile mehr Teilnehmer habe, wodurch auch die Anleiter- und Vergütungskosten entsprechend steigen. Näheres könne jedoch Herr Pietrusky erklären.

Frau Schubert verlässt die Sitzung. Es sind nun 13 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Der Stadtbezirksbeirat räumt **Herrn Pietrusky** Rederecht ein.

Herr Pietrusky erläutert, dass hier gerade zwei ganz verschiedene Projekte diskutiert werden. Das eine sei ein großes Projekt zur sozialen Arbeit mit benachteiligten Menschen, bei dessen Förderung keine Maßnahmen berücksichtigt werden, sondern lediglich die Finanzierung für Betreuung und Anleitung im Fokus stehe. Bei dem beantragten Kleinprojekt handele es sich konkret um Bepflanzung und Aufwertung eines Ortes. Der Untergrund sei jedoch so schlecht, dass dort Boden rein müsse. Die Pflanzen selbst kosten kaum etwas, aber Werkzeuge, wie Spitzhacke und Schaufel, sie sonst nicht benötigt werden, seien für diese Maßnahme erforderlich.

Herr Marschner stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste. **Herr Barth** ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1

Frau Schubert tritt der Sitzung bei. Es sind nun 14 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2021 in Höhe von 936,00 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 12 Nein 2 Enthaltung 0

Herr Pietrusky und Frau Krause treten der Sitzung bei. Es sind nun 16 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

3.6 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Kleinprojekt (Nr. Alt-015/21) Nachbarschaftstage Wilsdruffer Vorstadt 2021 **V-Alt00076/21 beschließend**

Herr Barth stellt die Vorlage kurz vor. Herr Dudeck kümmere sich in anerkennenswerter Weise darum, dass Menschen aufeinander zugehen und auch selbst aktiv werden. Das Projekt werde schon seit längerem unterstützt. Die Nachbarschaftstage seien pandemiebedingt im Frühjahr nicht möglich gewesen. Nun sollen sie in kleiner Form mit besonderem Blick auf ältere Menschen mit einem umfangreichen Programm bei sehr überschaubaren Kosten stattfinden.

Herr Hoffmann, Herr Seifert und Herr Beger beteiligen sich mit folgenden Fragen:

- konkrete Ausgaben und anfallende Kosten und wie auf das Angebot aufmerksam gemacht werde
- konkrete Angebote, zur Verfügung stehende Räume, Einbeziehung der Volkssolidarität, Stadtteilspaziergang, Informationsblätter in Briefkästen
- sehr hoher Eigenanteil und Erhöhung des Förderanteils von 300 Euro auf 500 Euro

Herr Dudeck führt aus, dass er stets Plakate gestaltet und ausgehängt und auch gesehen habe, wie Leute diese auch mit ihrem Smartphone fotografiert haben. Zudem habe sich kürzlich wieder jemand bei ihm dazu erkundigt, wann wieder ein Stadtteilspaziergang stattfinden werde. Er lädt die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates zur Teilnahme ein und erklärt weiter, dass es insbesondere im Bereich der Altenhilfe in der Wilsdruffer Vorstadt kaum Möglichkeiten gebe. Er sei Vorstandsmitglied beim SIGUS – Soziale Innovation für Gesundheit und Selbsthilfe e. V. Sein Anliegen sei eine sorgende Gemeinschaft und die Möglichkeit mit Leuten in Kontakt zu kommen. Das werde auch seit 2009 durch die Volkssolidarität unterstützt. Das Thema Alterseinsamkeit und die Unzufriedenheit gegenüber jüngeren Menschen spiele eine große Rolle. So könne man eine Begegnungsmöglichkeit schaffen, miteinander zu reden, zu spielen und überhaupt mehr miteinander zu unternehmen, um beispielsweise Folgeerkrankungen der Einsamkeit zu vermeiden, aber auch Jüngere zu entlasten.

Es finden an unterschiedlichen Orten der Wilsdruffer Vorstadt Informationsveranstaltungen statt, die sich beispielsweise mit Patientenverfügungen oder der Versorgung im Alter beschäftigen.

Er fragt nach, was die Pläne an der Alfred-Althus-Straße 9 seien, da das Gelände der Cultus gGmbH ursprünglich in einen Park habe umgewandelt werden sollen. Nun sei jedoch der Sandkasten geleert und mit Rosensträuchern bepflanzt und das Gelände geschlossen. Er bittet für eine sinnvolle Gestaltung des Areals darum, mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Herr Barth merkt an, dass bei Kleinprojekten sogar nur Eigenleistung, statt eines Eigenanteiles gefordert werde. **Herr Dudeck** bittet darum, den Betrag wie beantragt zu lassen und wünscht sich stattdessen die spätere Möglichkeit der Förderung einer weiteren Veranstaltung.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend

Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2021 in Höhe von 300,00 Euro.

2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

3.7 Vorschlagsrecht: Umgestaltung der Adlergasse

**VorR-
Alt00017/21**

Herr Barth weist darauf hin, dass angekündigte und auf die Tagesordnung genommene Vorschlagsrechte vor der Sitzung unterschrieben einzureichen seien.

Frau Krause stellt das Vorschlagsrecht vor. Derzeit könne man vor der Gaststätte auf der Adlergasse auch draußen sitzen, weil diese im Moment aufgrund einer Baustelle gesperrt sei. Daraus sei der Wunsch nach einem verkehrsberuhigten Bereich entstanden. Diese Straße sei eine der wenigen im Gebiet, die noch nicht saniert worden seien und das alte Pflaster und sehr schmale Gehwege habe. Diese Straßenverbindung werde nicht dringend gebraucht, da auch andere Zufahrten nicht beeinträchtigt werden. Am späteren Abend treffen sich dort die Leute auf der Straße, sodass man insgesamt den dortigen Stadtraum angenehmer gestalten könne. Das Vorschlagsrecht bittet darum, dass Varianten erarbeitet werden und mit den Anliegern eine Planungswerkstatt stattfinde und dem Stadtbezirksbeirat Varianten zur Entscheidungsfindung vorgelegt werden.

Herr Beger schlägt vor, den Bereich nur für eine bestimmte Zeit dem Autoverkehr zu entziehen, ähnlich wie es in südlichen Ländern gehandhabt wird, beispielsweise über Polleranlagen. Er reicht dazu einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Adlergasse folgende Maßnahmen zu ergreifen;

1. Erarbeitung von Planungsvarianten mit der Zielstellung einen verkehrsberuhigten Stadtraum im Bereich Adlergasse 14/16/19/21/23 zu gewinnen. Die Gestaltung der Kreuzung zur Wachsbleichstraße bspw. mit einer Aufpflasterung zur Reduktion des Geschwindigkeitsniveaus ist in die Überlegungen einzubeziehen. Bei den Planungsvarianten ist auch in Betracht zu ziehen, einen Teilbereich der Straße an bestimmten Wochentagen und /oder zu Tageszeiten für den Durchgangsverkehr zu sperren.“

Frau Krause wirbt für ihre Variante, da damit zu rechnen sei, dass etwas Spielraum benötigt werde, um am Ende eine schöne Lösung zu finden und wünsche sich, dass die Stadtverwaltung prüfe, ob man mit einer solchen Umwidmung Flächen neu gewinnen könne.

Herr Hoffmann gibt zu bedenken, dass die Auswirkung der Entziehung der Straße für den Autoverkehr auf die umliegenden Straßen unbedingt mitbetrachtet werden müsse und fragt, ob ein entsprechender Ergänzungsantrag sinnvoll wäre.

Herr Barth merkt an, dass man die Prüfung der Auswirkung auf benachbarte Straßen nicht unbedingt beantragen werden müsse, da das ohnehin mit abgeprüft werde.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 6 Nein 10 Enthaltung 0

Vorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Umgestaltung der Adlergasse folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Erarbeitung von Planungsvarianten mit der Zielstellung einen verkehrsberuhigten, autoarmen oder autofreien Stadtraum im Bereich Adlergasse 14/16/19/21/23 zu gewinnen. Die Gestaltung der Kreuzung zur Wachsbleichstraße bspw. mit einer Aufpflasterung zur Reduktion des Geschwindigkeitsniveaus ist in die Überlegungen einzubeziehen. In einer Maximalvariante soll die durch gehende Gestaltung der Adlergasse als autofreier, ebenengleicher Bereich (im Sinne einer Fußgängerzone) dargestellt werden. Bei den Planungsvarianten ist auch in Betracht zu ziehen, einen Teilbereich der Straße per Umwidmung dem allgemeinen Verkehr zu entziehen.
2. Vorstellung der Varianten in einer Bürgerbeteiligungsrunde mit der Zielstellung, ein bis zwei Varianten auszuwählen und diese zu qualifizieren. Die unmittelbaren Anlieger sollen direkt ein geladen werden, eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit, um alle Interessierten zu erreichen, ist anzustreben.
3. Vorstellung im Stadtbezirksbeirat von ein bis zwei Varianten mit einer Kostenschätzung spätestens im dritten Quartal 2022 zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 3

Das Vorschlagsrecht gilt somit als eingereicht.

3.8 Vorschlagsrecht: Sanierung der Gutenberg- sowie der Arnoldstraße zwischen Blumen- und Pfothenhauerstraße

Herr Promnitz stellt das Vorschlagsrecht vor. Die Gutenberg- und die Arnoldstraße befinden sich in einem katastrophalen Zustand und werden täglich mit Krankentransporten befahren, um die dortigen medizinischen Einrichtungen zu erreichen. Eine Sanierung sei dringend notwendig, um den Leuten, welche Ärzte aufsuchen müssen, nicht noch mehr Qualen zu verursachen und eine rollstuhlgerechte Zufahrt zu gestalten.

Herr Händler weist darauf hin, dass die Straßen zwar alt seien, bisher aber auch keine Sanierungen benötigt worden seien.

Herr Seifert äußert seine Skepsis darüber, dass Herr Promnitz scheinbar bei Vorlagen des Stadtbezirksamtes zu Vereinsprojekten stets die Verschwendung von Staatsgeldern kritisiere, bei ei-

genen Anliegen deren Ausgabe jedoch für gerechtfertigt halte. Er kündigt einen Ersetzungsantrag an, der den Fokus auf das gesamte Stadtbezirksgebiet ausweiten solle.

Herr Barth gibt zu bedenken, dass ein solcher Ersetzungsantrag nicht zulässig sei, da er zu weit gefasst wäre und damit ein neues Thema eröffne. Dazu benötige es eines neuen Vorschlagsrechtes, welches unabhängig eingereicht werden müsse.

Herr Promnitz erklärt, dass er sich dagegen ausspreche Steuermittel zu verschwenden. In Dresden werden jedoch immer Straßen saniert und gebaut. Hier gehe es ausschließlich darum eine entsprechende Priorisierung auf einen überschaubaren Bereich zu setzen, weil hier Patienten transportiert werden.

Herr Seifert stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Promnitz kritisiert, dass die Einreicher sechs Monate gewartet haben, um dieses Vorschlagsrecht einreichen zu können und der Stadtbezirksbeirat eine Entscheidung treffen solle, ob das Vorhaben in Angriff genommen werden solle oder nicht.

Herr Händler fragt nach, ob das historische Kopfsteinpflaster erhalten werden solle oder eine Asphaltierung angestrebt werde. **Herr Promnitz** erwidert, dass eine asphaltierte Straße für den Krankentransport besser sei.

Frau Krause erkundigt sich, ob die Stelle auf der Prioritätenliste des Straßen- und Tiefbauamtes aufgenommen sei. **Herr Promnitz** merkt an, dass dieser Bereich dort nicht auftauche, weshalb auch der Antrag gestellt werde. **Herr Barth** ergänzt, dass die Straßenpriorisierung des Straßen- und Tiefbauamtes in der November- oder der Dezember-Sitzung auf der Tagesordnung stehen werde. Etwas neu mit aufnehmen könne man jedoch nicht. Insgesamt sei das Vorschlagsrecht für eine bestimmte Straßensanierung das richtige politische Instrument.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung auf.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag

Ja 11 Nein 4 Enthaltung 1

4 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1	Bebauungsplan Nr. 123.6, Dresden-Altstadt I Nr. 15, Prager Straße Süd/Wiener Platz – Wiener Platz Ost	V0998/21 beratend
------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------

hier:

- 1. Billigung der Abwägung**
- 2. Änderung der Grenzen zum Bebauungsplan**
- 3. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan**
- 4. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf**
- 5. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf**

Herr Hoffmann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da kein Personal für eine Vorstellung der Vorlage anwesend ist.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

**4.2 Ermittlung der Zulässigkeit und Notwendigkeit von Milieuschutzsatzungen in Dresden A0231/21
beratend**

Die Behandlung des Antrages wird vertagt, da die erste Lesung in federführenden Gremium noch nicht stattgefunden hat.

**4.3 Sicher zur Schule mit dem Fahrrad oder zu Fuß A0246/21
beratend**

Frau Frohwieser stellt den Antrag vor. Er sei aus der Feder von Bildungspolitiker*innen entstanden, die auf katastrophale Zustände an Schulen und Kindergärten hinweisen. Durch Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, entstehen Querparken und Verkehrsbehinderungen. Hier wolle man ein Modellprojekt anstreben und die sogenannten Kiss-and-Ride-Zonen im Abstand von etwa 200 bis 250 Metern bei besonders betroffenen Schulen einrichten. Zudem solle die Stadtverwaltung beauftragt werden, das Thema Fahrrad in die Schulwegpläne mit aufzunehmen.

Herr Barth gibt die Sicht des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften wieder. Der Antrag sei zwar allgemein auf Schulen ausgelegt, fokussiere sich jedoch insbesondere auf Grundschulen. Es werde zu den Beschlusspunkten 1 und 2 darauf hingewiesen, dass diese Vorschläge entsprechende Kapazitäten im Personal verschiedener Bereiche der Stadtverwaltung erfordern.

Herr Hoffmann, Herr Knebel, Frau Krause, Frau Ludwig, Frau Schubert, Herr Seifert und Herr Händler bringen folgende Themen in die Diskussion ein:

- Einrichtung von Parkverboten zur Haltemöglichkeit von Elterntaxis und Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen
- nicht nur Verkehrssicherheit, sondern auch Verkehrsmittelwahl verbessern; Auto als sicherster Schulweg; Einrichtung eines Befahrungsverbot und in geeigneten Bereichen zu bestimmten Zeiten für ein geordnetes Ein- und Aussteigen sowie Sicherheit auf kurzen Schulwegen ermöglichen
- abgesehen von verkehrspolitischer Ebene auch Stärkung der Selbstsicherheit von Kindern wichtig, indem sie den Schulweg selbst bewältigen ohne auf die Eltern angewiesen zu sein; Hinweis auf die Empfehlungen des ADAC zum Thema Elterntaxi und Schulwegsicherheit; gemeinsam mit den Eltern die Situation vor der Schule betrachten; Vorschlag der 153. Grundschule wegen der zusätzlichen Unterbringung nichtortsansässiger Kinder
- Grund für die Orientierung am ADAC; Einbeziehung des FUSS e. V. als Vertreter der Fußgänger und des ADFC für Fahrradfahrer; ADAC nicht zur Problemlösung prädestiniert und Gefahr der Verlagerung der Schwierigkeiten

- Gründe für die Wahl des Autos; zum Beispiel viele Gefahrenstellen auf dem Schulweg zur 102. Grundschule verzeichnet und Notwendigkeit des Abbaus für einen sicheren Schulweg ohne elterliche Begleitung
- unterstützenswerter Antrag und notwendiger erster Schritt trotz der Streitfrage, ob ADAC oder ADFC der bessere Ansprechpartner sei
- Frage nach der Gestaltung von Ausgleichsparkplätzen, Möglichkeit der Reservierung und Einrichtung von Parkverboten

Frau Frohwieser erklärt, dass die Situation nicht vor allen Schulen auftrete und dass konkretes Parken verboten sei. An vielen Schulen, wie zum Beispiel der Regenbogenschule in der Neustadt sei das Verkehrsaufkommen so groß, dass im schlimmsten Fall sogar die Feuerwehr gar nicht dorthin komme. Zudem bestehe immer die Gefahr, dass Kinder zwischen den parkenden Autos nicht gesehen werden. Günstig sei es einen Umkreis von 250 Metern für den Elternverkehr freihalten zu können. So wäre ein sicherer Abstand möglich und es gebe keine Gefährdung, um den Rest des Weges allein bewältigen zu können.

Der Antrag des Stadtrates beauftrage den Oberbürgermeister und keine wissenschaftliche Ausarbeitung. Der ADAC sei lediglich als Orientierung erwähnt worden. Es gebe viele Konzepte und Möglichkeiten, was aber nicht Gegenstand eines solchen Antrages sein sollte.

Für die entsprechenden Zeiten wäre die Einrichtung eines Parkverbotes möglich, welches das Halten erlaube. Auch andere Lösungen sollen, wenn möglich, in Betracht gezogen werden.

Frau Krause wirft ein, dass der ADAC in punkto Verkehrssicherheit gar nicht so schlecht sei, wie manche Menschen meinen.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Antrag auf.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. an 5 Schulen im Schuljahr 2021/22 als Pilotprojekt mit anschließender Evaluation Haltemöglichkeiten zum Absetzen von Schulkindern in ca. 250m Entfernung (Orientierung an der ADAC-Studie, siehe Anhang), in Verbindung mit einem Halteverbot vor der Schule zu festgelegten Zeiten, einzurichten;
2. bei der Auswahl Vorschläge aus den Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten besonders zu berücksichtigen;
3. unter Beachtung der Hinweise E4.6.4 im Radverkehrskonzept Schulwegpläne für Schüler*innen, die mit dem Fahrrad zur Schule fahren, zu erstellen. Dabei soll
 - a. der an der TU Dresden entwickelte *Leitfaden zur Erstellung von Radschulwegplänen*, sowie der an der Universität Wuppertal erstellte Leitfaden *Schulwegpläne leichtgemacht-BAST* berücksichtigt werden;
 - b. insbesondere bei allen weiterführenden Schulen bei der verkehrlichen Erschließung der Schulen der Schwerpunkt auf die Erschließung mit dem Fahrrad gelegt werden und ggf. notwendige Änderungen in Satzungen oder Richtlinien der LHD durchgeführt werden;
 - c. bei weiterführenden Schulen die Ausarbeitung in Zusammenarbeit mit Schulen

- (Schüler*innen, Schülerrat, Eltern, Lehrer*innen) erfolgen;
- d. jährlich im Ausschuss für Bildung/EB Kita und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr über den Stand der Umsetzung berichtet werden.

Die Finanzierung erfolgt über das Produkt „Schulwegsicherheit“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 3 Enthaltung 0

4.4 Einrichtung einer „Nachtbürgermeisterin“ bzw. eines „Nachtbürgermeisters“

**A0247/21
beratend**

Frau Krause stellt den Antrag vor. In einer Großstadt sei es auch attraktiv, dass es ein Nachtleben gebe. Daraus ergeben sich jedoch an manchen Stellen Konflikte, wie Lärmbelästigung und Parkdruck. Ziel des Antrages sei es eine Stelle zu schaffen, die sich der Schlichtung und Interessenvertretung annehme. Da die Altstadt auch theoretisch am Nachtleben teilnehme, gebe es beispielsweise die Möglichkeit auch mal zu schauen, Events auf die Altstadtseite zu verlegen, um die Neustadt zu entlasten.

Herr Barth gibt die Sicht des Geschäftsbereiches Finanzen, Personal und Recht wieder. Es werde darauf hingewiesen, dass lediglich der Beschlusspunkt 1 zulässig sei. Die Konkretisierung der vermeintlichen Defizite der Verwaltung seien zum Beschlusspunkt 2 nicht hinreichend beschrieben und auch offenbleibe, wo der entsprechende Bedarf vorliege. Auch sei die Angabe der Sachmittel problematisch, da der in Paragraph 15 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates geforderte Kostendeckungsvorschlag im Antrag fehle. Der Beschlusspunkt 3 greife in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters ein, da er und nicht der Stadtrat die Zuständigkeit zur Einrichtung von Stellen innehabe. Das könne zu juristischen Problemen führen.

Frau Krause wirft ein, dass sie keinen inhaltlichen Grund gegen den Antrag sehe und bittet darum, sich eine sachliche Meinung zu bilden.

Herr Hoffmann gibt wieder, dass die besten Ergebnisse erzielt wurden, wenn derjenige auch bei der Verwaltung angestellt gewesen sei. Bedauerlich sei jedoch, dass hier die Struktur bereits vorgegeben sei. Er wünsche sich, dass diese Stelle offener gestaltet und auch die freie Kultur- und Klubszene bei diesem Konzept mit einbezogen werde. **Frau Krause** antwortet, dass sie diese Anregungen gerne mit entgegennehme und weiterleite.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Antrag auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Anhörung zum Thema Nachtbürgermeisterin bzw. Nachtbürgermeister für die Ausschüsse Kultur und Tourismus, Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften und Soziales und Wohnen zu organisieren, um die Konzeptausschreibung „Nachtbürgermeisterin / Nachtbürgermeister“ vorzubereiten und die Erfahrung aus anderen, möglichst vergleichbaren Städten zu erfahren.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die „Nachtbürgermeisterin“ bzw. den „Nachtbürgermeister“ als Konzeptausschreibung und als Pilotprojekt vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Die Rahmenbedingungen dabei sind die Folgenden: Ab 2022 soll eine VZÄ plus 50.000 Euro Sachmittel zunächst bis 30.09.2023 befristet werden. In angemessener Zeit soll eine Auswertung der Wirksamkeit erfolgen, um über Änderungen und eine Fortführung beraten zu können.
3. Der Oberbürgermeister wird außerdem beauftragt, seinerseits eine Ansprechstation für das Aufgabenfeld Nachtökonomie, Clubkultur, Festkultur, Straßenkunst zu definieren und zu besetzen, die beim Dezernat Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften angesiedelt ist, aber gleichzeitig Schnittstelle zur Wirtschaftsförderung, zum Tourismus, zur Kulturverwaltung und zum Stadtmarketing, zum Sozialamt und zu den Stadtbezirksämtern (insbesondere zur „Neustadtkümmern“) darstellt. Dafür werden zusätzliche 25.000 Euro/Jahr zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

5 Bestätigung der Niederschriften

5.1 Bestätigung der Niederschrift zur 25. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 05.07.2021

Nachdem der Stadtbezirksbeirat die Niederschrift zur Kenntnis genommen hat, wird diese durch **Herrn Pietrusky** und **Herrn Engler** unterzeichnet.

5.2 Bestätigung der Niederschrift zur 26. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 21.07.2021

Herr Dziallas meldet sich zu Wort und erklärt, dass er auf der letzten Seite unter Informationen nicht für eine Bochert-Ausstellung, sondern für eine Pop-Up-Ausstellung geworben habe und bittet um eine entsprechende Änderung der letzten Seite, bevor diese zur Kenntnis genommen werde.

Die Kenntnisnahme werde nach entsprechender Korrektur in der Sitzung am 28.09.2021 erfolgen.

6 Informationen, Hinweise und Anfragen

Herr Barth informiert die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates, dass im Vorfeld der Sitzung folgende Unterlagen versandt wurden:

- Beschlusskontrollen, als Link durch das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten
 - V-Alt00056/21 Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Zentralbibliothek und die Stadtteilbibliothek Johannstadt
 - V-Alt00040/20 Spiel- und Begegnungsfläche Johannstadt

- V-Alt00060/21 Stadtbildfotografie in der Landeshauptstadt Dresden – Digitalisierung der historischen Fotos des Stadtbezirkes Altstadt
- V-Alt00065/21 Beschallungsanlage Käthe-Kollwitz-Ufer für „Fit im Park“
- V-Alt00068/21 Mit Aquarell auf den Spuren des Barocks in Dresden
- V-Alt00070/21 Paula und Ludwig – Kinder-Kultur-Club
- Beantwortung Vorschlagsrecht VorR-Alt00016/21 zur Verringerung der Wartezeiten an den Fußgänger-Lichtsignalanlagen auf der St. Petersburger Straße, als Link durch das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

Herr Knebel merkt an, dass es nicht gewünscht sei, da die Priorisierung anders vorgenommen worden sei. Er fragt, ob es eine Möglichkeit von Seiten des Stadtbezirksbeirates gebe nochmal nachzuhaken, den Druck zu erhöhen, einen anderen Weg zu wählen oder den Dialog zu suchen, damit das nicht einfach so abgelehnt bleibe. **Herr Barth** erklärt, dass auf der Ebene des Stadtbezirksbeirates hier Schluss sei, da dieser die Möglichkeit habe, die Initiative zu ergreifen und Vorschläge einzubringen, aber nicht mehr das Recht habe, die Antwort der Verwaltung nochmal zu prüfen. Die nächste Ebene wäre der Weg über den Stadtrat und diesen einen entsprechenden Antrag oder eine Anfrage formulieren zu lassen. Zwar könne man das Gespräch zu Verwaltungsmitarbeitern suchen, sobald jedoch eine unterschriebene Stellungnahme erstellt worden sei, können diese sich nicht mehr dagegenstellen.
- Abfrage zu Vorschlägen für die Stadtbildfotografie bis 17.09.2021, per E-Mail durch das Stadtbezirksamt; Erinnerung, da bisher nur ein Vorschlag eingegangen sei

Des Weiteren wurden folgende Unterlagen zur Sitzung ausgereicht:

- aktueller Stand zum Budget des Stadtbezirksbeirates
- Sitzungstermine für 2022
- Programmheft zu den 31. Interkulturellen Tagen

Weiterhin informiert **Herr Barth** über Folgendes:

- Der Spielplatz Hohenthalplatz könne durch weitere Balancierelemente ergänzt werden. Ein Austausch der Schaukel sei ebenfalls denkbar. Die Kosten werden sich auf ca. 23.000 Euro belaufen und eine entsprechende Beschlussvorlage werde erarbeitet.
- Am 12.10.2021 um 17 Uhr werde ein Vor-Ort-Termin zur Neuordnung von Querungsmöglichkeiten und Fußverkehr am Postplatz und der Marienstraße mit dem Straßen- und Tiefbauamt, dem Stadtplanungsamt sowie dem Baubürgermeister Kühn stattfinden. Dieser beruhe auf dem Vorschlagsrecht VorR-Alt00012/21 von Herr Beger und Herr Hoffmann. **Herr Barth** bittet um eine Rückmeldung zur Teilnahme an das Stadtbezirksamt bis zum 08.10.2021.
- Am 20.09.2021 um 17 Uhr findet der Stadtspaziergang Kristallpalast statt. Dieser stelle einen Schritt der Bürgerbeteiligung zur Gestaltung des Vorplatzes dar. Für die Teilnahme sei eine Anmeldung unter info@stadtwirken.de erforderlich. Der dort aufkommende Input werde mit aufgenommen, so wie es bei der Gestaltung Grüner Bogen der Fall gewesen sei. **Herr Hoffmann** fragt, ob das Ergebnis zum Grünen Bogen nochmal vorgestellt werde. **Herr Barth** antwortet, dass noch eine Auswertung erfolgen müsse und das Thema danach auf die Tagesordnung komme.
- Am 22.09.2021 um 11 Uhr findet die Projekteröffnung „Schulbibliotheken in Dresden“ mit feierlicher Bestandsübergabe in der 101. Oberschule statt, woran auch interessierte Stadtbezirksbeiräte teilnehmen können.

- Bei Fertigstellung der unter dem Tagesordnungspunkt 1 vorgestellten Anlage im Sportpart Ostra werde ebenfalls eine Einladung erfolgen.
- Die Mitglieder des Stadtbezirksbeirates werden nochmals darauf hingewiesen, dass beim Verfahren nach Vorschlagsrecht ein zweifach unterschriebenes Dokument vor der Aufnahme in die Tagesordnung vorzuliegen habe.
- Dem Stadtbezirksamt sei ein Hinweis durch Herrn Promnitz zur Förderung des Kulturmittlerprojektes Wohnhof Pfothenhauer Straße eingegangen. Nach Ansicht einiger Menschen, die an Herr Promnitz herangetreten seien, bessere sich vor Ort nichts, sodass die Bitte um Prüfung an das Stadtbezirksamt herangetragen wurde, ob die Förderung dort zurecht erteilt worden sei. Daraufhin sei der Verein um Abgabe einer entsprechenden Stellungnahme gebeten worden. Über das Ergebnis werde der Stadtbezirksbeirat dann informiert.
- Im Rahmen der Wahlvorbereitung zur Bundestagswahl gebe es eine hohe Briefwahlbeteiligung. Die geplante Briefwahlanzahl werde aller Wahrscheinlichkeit nach überschritten. Mit der ehrenamtlichen Unterstützung durch Wahlhelfer sei man aber gut ausgestattet.
- Am 28.09.2021 werde eine Sondersitzung zum Bebauungsplan Kaufpark Nickern stattfinden. **Herr Barth** habe eingefordert, dass diese Vorlage auch im Stadtbezirksbeirat Altstadt behandelt werde, da die Auswirkungen auf die Innenstadt diskutiert werden müssen. Die Sitzungsleitung werde vertretungshalber Frau Pretzsch übernehmen.

Herr Händler erkundigt sich, was aus der in der Vergangenheit erwähnten Liste mit öffentlich nutzbaren jedoch privaten Wegen geworden sei. **Herr Barth** führt aus, dass diese sich noch in der Bearbeitung befindet. Das Straßen- und Tiefbauamt habe nun die ablehnende Haltung etwas aufgeweicht. Die Stadtbezirke werden dazu beteiligt, um die öffentliche Eigenschaft dieser Wege auch dokumentieren zu können. Bisher sei bei ihm noch nichts eingegangen. Die größeren Probleme erstrecken sich in diesem Zusammenhang auch nicht auf das Stadtzentrum, sondern eher auf die Außenbezirke.

Frau Ludwig führt aus, dass sie bereits eine E-Mail gesendet habe, die auf einen illegalen Lagerplatz für Bauteile vor dem Intercity Hotel am Hauptbahnhof hinweise und erklärt, dass seit dem gestrigen Abend keine Bauteile mehr vorhanden seien. **Herr Barth** erläutert, dass nach der E-Mail eine Prüfung eingeleitet worden sei. Wenn jetzt keine Bauteile mehr an Ort und Stelle liegen, sei diese erfolgreich gewesen.

Herr Marschner gibt wieder, dass die Halfpipe an der Lingnerallee kaputt und mit Bauzäunen umzäunt sei. Diese seien jedoch schnell mal beiseite geräumt. **Herr Barth** erklärt, dass es sich zwar um städtisches Eigentum handle, ihm aber kein aktueller Stand bekannt sei. Er bittet um Zusendung des Sachverhaltes per E-Mail.

Frau Schubert bezieht sich auf das ehemalige Vorschlagsrecht VorR-Alt00011/20 „Gestaltung sichere Straßenquerung Pfeifferhannsstraße“ und erkundigt sich nach dem Stand der Prüfung der baulichen Voraussetzungen an die Bordsteinabsenkung. **Herr Barth** erwidert, dass er sich dazu erkundige, da dazu bisher noch nichts eingegangen sei.

Herr Hoffmann bittet um genauere Hinweise, wie die Seestraße zu einer Fußgängerzone umgestaltet werden könne. Zudem wirbt er für ein kleines Salsa-Event am Freitag, den 17.09.2021 von 18 bis 22 Uhr auf dem Bönischplatz. Nähere Informationen dazu könne man unter Johannstadt.de entnehmen. **Herr Barth** führt aus, dass er das Thema Seestraße im Oktober nach Ab-

schluss der Wahlphase angehen werde, da sich derzeit unterschiedliche Tendenzen in der Stadtverwaltung dazu aufzeigen.

Frau Ludwig geht darauf ein, dass im Laufe der Sitzung die Situation zum Park an der Alfred-Althus-Straße angesprochen worden sei. Es sei zugesagt worden, dass das Grün erhalten werde und zugänglich bleiben solle. Jedoch gebe es bei den Anwohnern eine gewisse Skepsis. Sie fragt, ob es möglich sei, zusammen mit Herrn Dudeck oder der Kirchgemeinde, interessierten Anwohnern einen Vertreter von der Cultus gGmbH und aus dem Amt für Denkmalschutz einzuladen, um die Gerüchte zu lichten. **Herr Barth** bittet um Zusendung einer E-Mail. Er werde offiziell anfragen, sodass man danach genauer überlegen könne, was machbar wäre.

Herr Beger fragt nach Informationen zum weiteren Vorgang Ostravorwerk. Zuletzt habe es eine Presseinformation gegeben, dass das Landesdenkmalamt Beschwerde eingereicht habe. **Herr Barth** bestätigt, dass das Vorhaben deshalb derzeit stillstehe, er aber keine neuen Informationen dazu habe.

Herr Seifert informiert, dass am Sonntag, den 19.09.2021 die ADFC Radsternfahrt stattfindet und lädt zur Teilnahme ab 14 Uhr ein.

Herr Barth stellt fest, dass keine Gäste mehr anwesend sind und informiert über den aktuellen Stand zur Anfrage bezüglich des Abenteuerspielplatzes Johannstadt mit dem Hinweis, dass diese Informationen aufgrund von datenschutzrechtlichen Interessen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind.

Herr Barth schließt die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Oxana Benkendorf
Schriftführerin

Marco Dziallas
SBR-Mitglied

Anna Kahlich
SBR-Mitglied